

SOZIALDEMOKRATEN

Auf der Streichliste

Entgegen der allgemeinen Erwartung ist die SPD bereit, in einer Großen Koalition auf das Finanzministerium zu verzichten. Parteichef Gabriel sichert damit seine Machtposition ab.

Eigentlich hätte er schon lange in der Leitung sein sollen, aber Sigmar Gabriel fehlt; er lässt sie alle warten, er kann es sich gerade erlauben.

Es ist 20 Uhr am vergangenen Montag, die mächtigen Landesvorsitzenden und der Parteivorstand haben sich zur Telefonkonferenz versammelt, auf der Tagesordnung stehen die Koalitionsverhandlungen. Es geht um die Liste der SPD-Politiker, die der Kommission für die Verhandlungen mit der Union angehören sollen. Eine schwierige Sache, irgendjemand fühlt sich immer benachteiligt. Doch Gabriel ist noch immer nicht zugeschaltet.

„Komm, Andrea, fang du an“, sagt ein SPD-Mann zu Generalsekretärin Andrea Nahles. Als sie für den Chef die Namen verliest, schaltet sich auch Gabriel dazu. Er hört gerade noch die Kritik an der Liste: „Da ist kein Sachse vertreten“, klagt Mecklenburg-Vorpommerns Ministerprä-

sident Erwin Sellering. „Jetzt ist aber mal gut“, ruft Gabriel dazwischen, „das bleibt alles so.“

Es ist das Muster dieser Wochen geworden: Sigmar Gabriel ist der unbestrittene Chef in der SPD, er ist der Mann für die Machtworte geworden, er trifft die Entscheidungen.

Gabriel will die SPD geradewegs in die Große Koalition führen. Er macht es geschickt, denn er schreitet zielstrebig voran, ohne zielstrebig zu wirken. Im ersten Schritt hat er eine Personaldebatte verhindert, die auch ihm hätte gefährlich werden können. Jetzt gilt es für ihn, seine Position zu verteidigen.

Nach außen schottet sich Gabriel mehr denn je ab, hinter den Kulissen verfolgt er geradlinig einen Plan. Denn anders als in der Öffentlichkeit behauptet, hat Gabriel bereits vor Augen, wie ein Kabinett mit SPD-Beteiligung aussehen könnte.

Der wichtigste Teil dabei: Gabriel hat sich von der Idee verabschiedet, dass die SPD in einer Koalition mit der Union unbedingt das Finanzministerium besetzen muss. Das Budgetressort ist auf die Streichliste geraten.

Dabei verbindet die SPD der Nachkriegsjahre eine Tradition starker Finanzminister, von Karl Schiller über Helmut Schmidt bis Hans Eichel. Unvergessen ist zuletzt das Bild von Peer Steinbrück 2008, als er zusammen mit Kanzlerin Angela Merkel für die Sparguthaben der Bevölkerung einstand. Aber sozialdemokratische Traditionsbestände scheinen in der aktuellen Lage zweitrangig.

Im Gegenteil: Mehr und mehr ist der Parteichef überzeugt davon, dass auch eine Regierungsbeteiligung ohne das inzwischen prestigeträchtigste Ressort neben dem Kanzleramt Sinn machen kann. So glaubt er sich dauerhaft die Macht in seiner Partei zu sichern. Gabriel selbst hat kein Interesse am Finanzministerium, er sieht sich als Macher und nicht als Zahlenjongleur, der zudem den Fährnissen der Konjunktur ausgesetzt wäre. Viel sinnvoller erscheint ihm, der Kanzlerin den Kassenwart zu überlassen. Und dafür einen hohen Preis zu fordern.

In internen Sitzungen hält sich Gabriel in diesen Tagen bedeckt, wenn es um die Ministeriumswünsche der SPD geht. So war es auch am vergangenen Montag in der Bundestagsfraktion im vierten Stock



Unterhändler Steinmeier, Gabriel, Kraft

IMAGO

Genossen und Finanzen

Finanzminister der SPD

Karl Schiller



Helmut Schmidt



Hans Eichel



Peer Steinbrück



Alex Möller ■■■
Okt. 1969 bis Mai 1971

Helmut Schmidt ■■■
Juli 1972 bis Mai 1974

Hans Matthöfer ■■■
Febr. 1978 bis April 1982

Oskar Lafontaine ■■■
Okt. 1998 bis März 1999

Peer Steinbrück ■■■
Nov. 2005 bis Okt. 2009

Karl Schiller ■■■
Mai 1971 bis Juli 1972

Hans Apel ■■■
Mai 1974 bis Febr. 1978

Manfred Lahnstein ■■■
April 1982 bis Okt. 1982

Hans Eichel ■■■
April 1999 bis Nov. 2005

Regierungsparteien
■ SPD ■ CDU/CSU
■ FDP ■ Grüne

ULLSTEIN-AP; JUPP DARCHINGER; STEFAN M. ROTHER; MARC-STEFFEN UNGER

des Reichstagsgebäudes. „Wir wären ja verrückt, wenn wir jetzt die Posten verteilen würden“, schnitt er Fragen nach der Postenverteilung rigoros ab. „Das würde keiner verstehen.“ Die Debatte war beendet.

Selbst im kleinen Kreis schweigt Gabriel. Auf keinen Fall will er den Eindruck erwecken, die Besetzung irgendwelcher Posten habe Priorität. Auch in der engeren Parteiführung, der sogenannten Montagsrunde, ist das Thema bisher tabu. „Wenn einer etwas sagen würde, könnte man das als Vorentscheidung werten“, heißt es in der SPD-Führung, „deshalb halten alle den Mund.“

Und so schweigen sich die Spitzenkräfte der SPD in der wichtigsten strategischen Frage dieser Wochen eisern an. Keiner weiß genau, welche Pläne sein Mitgenosse für die Koalition verfolgt.

Nur so viel scheint sicher: Gabriel wird nicht darauf bestehen, dass die SPD das Finanzministerium besetzen muss. Gelegentlich versuchen Parteifreunde Gabriel von seinem Weg abzubringen, doch jede Initiative prallte bisher ab. Seit Wochen schauen Genossen aller Flügel, aus Bund und Ländern, bei ihm vorbei, um ihn umzustimmen. Sie verweisen auf die Bedeutung des Veto-Rechts eines Finanzministers gegen die Kanzlerin – ohne Erfolg.

Gabriel kann ihre Argumente leicht abfedern: In der SPD drängt sich niemand für das Amt auf. Die, die es könnten, wollen es nicht. Und die, die es wollen, haben nicht das entsprechende Format. Für allfällige Interessenten hat das Amt zudem an Attraktivität verloren, nachdem mit der Union kaum noch Steuererhöhungen durchsetzbar sind.

Statt Geld zu verteilen, müsste ein SPD-Minister vor allem Ausgabeposten zusammenstreichen, den Bundesländern Mittel überlassen und die Schuldengrenze einhalten. Wer will das schon? In der Unionspitze wird zudem das angebliche Zitat eines SPD-Führungsmanns herumgereicht: „Soll sich doch Schäuble mit Frau Kraft herumschlagen.“

Hinzu kommt ein strategischer Grund. Sigmar Gabriel hat kein gesteigertes Interesse daran, einen starken Finanzminister aus den eigenen Reihen als wichtigsten Mann zwischen Merkel und sich zu installieren. So würde auf Gabriels der-

zeitiges Licht automatisch Schatten fallen. So beschwingt, wie Gabriel in diesen Wochen seine Machtfülle genießt, muss das wirklich nicht sein.

Gabriels persönliches Interesse gilt dem neu zu schaffenden Energieressort. Es würde aus dem bestehenden Wirtschaftsministerium entstehen und könnte um Zuständigkeiten aus dem Umwelt- und Verkehrsministerium erweitert werden. So könnte der SPD-Chef Manager der bedeutendsten innenpolitischen Aufgabe dieser Jahre werden – der Energiewende. Als Vizkanzler wäre er dann in einer Art Pole-Position für die SPD-Kanzlerkandidatur 2017.

Den Verzicht aufs Finanzministerium will sich Gabriel teuer abkaufen lassen: mit inhaltlichen Forderungen, mit dem Anspruch auf ein siebtes Ressort und mit dem Zugriff auf Gestaltungsministerien wie das Verkehrsressort. Und das Auswärtige Amt fiele der SPD am Ende wohl ohnehin zu. Allein: Der eigentlich naheliegende Kandidat dafür wäre Ex-Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Der aber will vorläufig lieber Fraktionschef bleiben. Das sind jedenfalls die Signale, die er seit dem Wahltag aussendet.

So dreht sich alles um das Duo Gabriel/Steinmeier. Es wird in jedem Fall das zentrale Scharnier der SPD-Seite in einer Koalitionsregierung bleiben. Beide verbindet eine sympathiefreie Zweckgemeinschaft. In der Stunde der Wahl Niederlage stützten sich die beiden angeschlagenen Spitzengenossen. Am Tag nach der Bundestagswahl saß Gabriel eine Stunde lang bei Steinmeier im Büro im Berliner Jakob-Kaiser-Haus, er wollte reden.

Gabriel suchte Rat. Er wollte wissen, wie er mit Hannelore Kraft, seiner internen Hauptkritikerin, umgehen solle. Zugleich stellte er noch einmal klar, dass er Steinmeiers Anspruch, die Fraktion weiterzuführen, unterstützen werde. Der SPD-Chef wusste schon da, es ist ein Anspruch, der sich im Einvernehmen gegebenenfalls auch revidieren lässt.

Denn es zeichnet sich ab, dass Gabriel Steinmeier gern in ein Ministeramt lotsen würde. Um dem sozialdemokratischen Teil des Kabinetts mehr Gewicht zu verleihen, aber auch, um sich den eigenen Einfluss auf die Fraktion zu erhalten. Ein

Minister Steinmeier stünde auf Gabriels Kabinettliste für Seriosität, während alle Macht beim Parteivorsitzenden gebündelt wäre. Steinmeier ist genau deshalb wenig begeistert von der Idee.

Neben der Entscheidung über das Finanzministerium sind für Gabriel bei der Ressortverteilung einige Erfordernisse zu berücksichtigen: Junge Gesichter sollen sichtbar werden, mindestens drei Ministerien müssen an Frauen gehen, große Landesverbände wie Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen müssen sich wiederfinden.

SPD-Landeschefin Kraft hat beim Parteichef bereits hinterlegt, dass der mit Abstand größte Landesverband, der ein gutes Viertel aller deutschen SPD-Mitglieder stellt, „an einflussreicher Stelle“ im Kabinett vertreten sein will. In Parteikreisen heißt es, Krafts Mann in Berlin dürfte ihr Landesverkehrsminister Michael Groschek werden. Groschek ist seit Jahren ihr wichtigster Mann im Parteivorstand der Bundes-SPD. Wenn er etwas sagt, ist das in der Regel auch Krafts Meinung.

Zudem kennt er den Berliner Betrieb aus seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter bis 2012. Als Verkehrsminister könnte Groschek für Kraft wichtige Bauvorhaben auf Nordrhein-Westfalens maroden Straßen anstoßen. Die Investitionen wären zweifellos eine Hilfe für die Oberbürgermeister und die Ministerpräsidentin bei allen anstehenden Wahlen. Seit Wochen schwant Groschek, dass Kraft als Ersten ihn anrufen könnte, wenn in Berlin die Ministerien verteilt werden.

Der einzige Haken: Die CSU will das Verkehrsressort nicht aufgeben, auch in Bayern beschenkt man seine Wähler gern. Doch wenn Gabriel seinen Plan verwirklicht und auf das Finanzministerium verzichtet, handelt er aus einer deutlich stärkeren Position mit der Kanzlerin.

Dazu passt eine Anekdote, die in der SPD-Spitze kursiert. Demnach habe Alt-Kanzler Gerhard Schröder jüngst das Gespräch mit Gabriel gesucht. Bei dem Treffen habe Schröder Gabriel geraten, ruhig der Union das Finanzressort zu überlassen. Das wäre die beste Ausgangsposition für alle weiteren Personal- und Sachdiskussionen der Koalition.

HORAND KNAUP,
GORDON REPINSKI